

Michael Beleites (2007): Auf den Spuren des Urans. Zur Vorgeschichte des diesjährigen BUGA-Standortes in Gera und Ronneburg. Gerbergasse 18, Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik. Nr. 45, Heft 2/07. Jena. S. 3-7.

---

Michael Beleites

## **Auf den Spuren des Urans**

### **Zur Vorgeschichte des diesjährigen BUGA-Standortes in Gera und Ronneburg**

Auf den Flyern und Prospekten zur diesjährigen Bundesgartenausstellung in Gera und Ronneburg ist eine Blüte zu sehen, in deren Mitte sich ein Auge befindet. Das besondere an diesem Motiv ist, dass die Blütenblätter in Linien übergehen, welche die schleifenförmigen Bahnen von Elektronen im Atommodell symbolisieren. Solche Atom- und Strahlensymbolik ist den Bewohnern der Region seit langem bekannt. Es handelt sich bei dieser Region um das ostthüringische Wismut-Gebiet. Hier fand man zur DDR-Zeit stilisierte Atommodelle großflächig an den Fassaden von Betriebsgebäuden der Wismut oder an Plattenbauten in Gera-Lusan. In kleineren Formaten fand man sie auf den Bannern bei Propagandaveranstaltungen und Mai-Umzügen, auf Wimpeln und Urkunden. Diese Strahlensymbolik im Logo der BUGA – die dort ebenso indirekt und unausgesprochen daher kommt, wie man es aus der DDR gewöhnt ist – gehört zu den wenigen Dingen, die auf die strahlende Vergangenheit des Ortes der diesjährigen Bundesgartenschau Bezug nehmen. Das, was am Rande des sanierten Wismut-Geländes aufgebaut wurde, wird schon an der Autobahn als „Neue Landschaft Ronneburg“ beworben. Manch einer mag sich dabei an den „Neuen Menschen“ erinnern, der hier einst auf dem Wege zum Kommunismus geformt werden sollte. Zumindest aber assoziiert dieser Slogan die Frage, was es denn mit der alten Landschaft auf sich hatte. Und darauf findet man hier so schnell keine Antwort. Die Tatsache, dass die diesjährige BUGA genau dort stattfindet, wo sich bis vor zwei Jahrzehnten das drittgrößte Uranabbaugebiet der Welt befand, mag entscheidend für die Standortwahl gewesen sein. Es spielt aber bei der Schau selbst keine wirkliche Rolle.

Da ich vor zwanzig Jahren von Gera aus unter den Bedingungen einer permanenten Stasi-Verfolgung zu den gesundheitlichen und ökologischen Folgen des Uranbergbaus in der DDR recherchierte, möchte ich hier noch einmal diese kritische Perspektive in Erinnerung rufen. Und ich möchte die Frage diskutieren, was für eine Erinnerung an den sowjetisch-deutschen Uranbergbau in der betreffenden Region bleiben soll oder kann. Unter dem Titel „Pechblende“ hatte ich die Ergebnisse meiner Recherchen im Juni 1988 als eine Dokumentation fertiggestellt, die im Selbstdruck vervielfältigt und als Untergrundschrift verbreitet wurde. Dadurch – und auch durch ein von mir gedrehtes Video, das im November 1987 erstmals in der ARD ausgestrahlt wurde – ist die Wismut ein Thema in der bundesdeutschen Öffentlichkeit geworden. Heute scheint von der

Wismut-Debatte der Jahre 1987 bis 1992 bundesweit noch mehr im öffentlichen Bewusstsein präsent zu sein, als man vor Ort annimmt.

## **Die Geschichte des Urans**

"Pechblende" hieß das eigenartige schwarze Gestein, das Johann Wolfgang von Goethe im Jahr 1785 aus Johanngeorgenstadt mitbrachte und in die "Joachimsthaler Suite" seiner Mineraliensammlung einordnete. Aus der selben Johanngeorgenstädter Grube "Georg Wagsfort" kam auch das Stück Pechblende, das man vier Jahre später zur chemischen Analyse nach Berlin schickte. Martin Heinrich Klaproth fand darin ein neues Element. Er nannte es Uran. In den Rückständen der Joachimsthaler Uranfarbenherstellung entdeckten Marie und Pierre Curie über hundert Jahre später, im Jahr 1898, die strahlenden Elemente Polonium und Radium. Marie Curie prägte dann die Bezeichnung "Radioaktivität".

Nachdem die Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann Ende 1938 entdeckt hatten, dass bei der Bestrahlung des Urans mit Neutronen nicht Radium – ein natürliches Zerfallsprodukt des Urans – sondern Barium entstand, war die "Uranspaltung" entdeckt. Lise Meitner und Otto Robert Frisch errechneten aus dem Masseverlust, der bei einer derartigen Atomkernspaltung eintritt, den Energiebetrag, der nach Einsteins Theorie frei werden müsste. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass bei der Kernspaltung des Urans eine Energiemenge freigesetzt wird, die zweieinhalbmillionenmal größer ist, als bei der Verbrennung von Steinkohle. Wenig später wusste man, dass bei der Kernspaltung wiederum Neutronen entstehen, also eine atomare Kettenreaktion theoretisch möglich war. Dass das auch praktisch möglich war, erfuhr die Weltöffentlichkeit im August 1945 mit den Nachrichten aus Hiroshima und Nagasaki.

Erst allmählich drang in das Bewusstsein der Mächtigen, dass es in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland reiche Uranerzvorkommen gab, die durch den vorangegangenen Silber-, Wismut- und Kobaltbergbau zum Teil schon bergbaulich erschlossen waren. Ab 1946 wurde im Erzgebirge unter sowjetischer Führung Uran abgebaut. Das sowjetische (und ab 1954 sowjetisch-deutsche) Uranbergbau-Unternehmen bekam den Tarnnamen "Wismut". In den ersten Jahren diente das ostdeutsche Uran ausschließlich Stalins Atombombenprojekt. Als im September 1949 die erste sowjetische Atombombe über der kasachischen Steppe explodierte, legten sich die strahlenden Spaltprodukte erzgebirgischen Urans auf das ferne Land, auch auf bewohnte Gebiete.

## **Wismut – radioaktiv und atmosphärisch kontaminierte Landschaften**

Die Wismut hat seit Kriegsende unter größter Geheimhaltung ganze Landstriche verwüstet und kontaminiert, um 231.000 Tonnen Uran für das sowjetische Atomprojekt zu fördern. In Sachsen und Thüringen blieben 500 Millionen Tonnen

radioaktive Abfälle zurück – auf 3.000 Halden und 20 Schlammdeponien. Von den trockengefallenen Rändern der Schlammdeponien her wehten regelmäßig strahlende Sandstürme über das Land. Tausende Bergleute erkrankten und starben an strahlenbedingten Bronchialkarzinomen, Zehntausende litten an Silikose. 300.000 bis 400.000 Menschen waren bei der „Wismut“ beschäftigt, und dennoch war das Thema tabu. Solange die Wismut existierte, war sie verbunden mit einer bedrückenden Atmosphäre, mit einer Art Ausnahmezustand in den von ihr überzogenen Gebieten.

In den ersten Jahren sorgten das sowjetische Militär und der Geheimdienst für den Aufbau eines Sperrgebietes in der Wismut-Region. Wachtürme und Stacheldraht umgaben die Schachtanlagen, Schlagbäume und Wachposten riegelten das Gebiet ab. Bis in die 50er Jahre hinein sind zahlreiche Wismut-Beschäftigte wegen angeblicher Spionage von Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt worden. Zur Arbeit im Uranbergbau wurden anfangs viele zwangsverpflichtet, manche regelrecht von der Straße weggefangen. Doch bald kamen Zehntausende freiwillig ins Wismut-Gebiet, angelockt von dem Versprechen, bei der Wismut höchste Löhne und große Lebensmittel- und Schnapszuteilungen zu erhalten. Der Ausnahmezustand der frühen Wismut-Jahre bekam den süßlichen Beigeschmack des schnellen Wohlstands. Das Klima im Wismut-Gebiet wurde zunehmend von Leuten geprägt, die sich mit den Verhältnissen arrangiert hatten.

Mit der Privilegierung der an der Urangewinnung Beteiligten hat man deren Befangenheit bewirkt, die eine Kritik an der Wismut und eine Offenlegung der Umwelt- und Gesundheitsschäden bis zuletzt wirksam verhindert hat. Der Lohn der Wismut-Beschäftigten übertraf den Lohn im übrigen Bergbau der DDR bei weitem. Nicht nur Bergarbeiter, sondern alle Wismut-Beschäftigten erhielten Wismut-Zuschläge von mehreren hundert Mark monatlich sowie andere Wismut-Begünstigungen. Dazu gehörten zusätzlicher Urlaub, eine privilegierte Versorgung über spezielle Verkaufsstellen des „Wismut-Handels“, eine kürzere Wartezeit bei einer Autobestellung sowie die Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe. Alle Wismut-Angehörigen waren zu strenger Geheimhaltung verpflichtet. Das verordnete Schweigen über die Verhältnisse im Uranbergbau funktionierte vor allem auch deshalb, weil das Arbeitsregime bei der Wismut nahezu militärisch organisiert war. Bei "Disziplinverstößen" wurde nicht nur der Einzelne, sondern seine ganze Brigade bestraft.

Nicht nur, um den Bezug zur Atomwaffenproduktion zu verschleiern, sondern auch um die mit der Radioaktivität des abgebauten Materials zusammenhängenden Gesundheits- und Umweltgefahren zu verbergen, hat man das Wort *Uran* streng gemieden. Die Broschüren der Wismut-Berufswerbung verrieten mit keinem Wort, was eigentlich abgebaut wurde. Auch Wismut-intern hat man das Wort Uran nie beim Namen genannt, sondern immer mit "Erz" oder "Metall" umschrieben. Auch in privaten Gesprächen unter den Beschäftigten und Anwohnern des drittgrößten Uranbergbau-Unternehmens der Welt war von Uran nie die Rede.

## Ethische Fragen

Für uns in der kirchlichen Friedensbewegung Engagierte standen am Anfang ethische Fragestellungen im Vordergrund. Wir waren Anfang und Mitte der 80er Jahre von zwei Diskursen gleichzeitig geprägt: Zum einen von der Debatte um die Stationierung von Atomwaffen in Mitteleuropa. Zum anderen von den Diskussionen über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. In der Friedensfrage bewegte uns die gerade von uns Jugendlichen als existenzielle Bedrohung wahrgenommene Gefahr eines Atomkriegs in Europa. Wir kannten die Bilder von verkohlten Menschen aus Hiroshima. Wir hatten Angst vor einem massenhaften Verglühen der Menschen in den Städten und ebenso vor dem Danach – wenn Millionen verstümmelte und verbrannte Überlebende in einer verstrahlten Umgebung elend zugrunde gehen würden. Manche in der Friedensbewegung sprachen von der Bedrohung durch einen "atomaren Holocaust".<sup>1</sup> Gleichzeitig nahmen wir Anteil an den Debatten über die NS-Verbrechen und den dort aufgeworfenen Fragen: Haben alle nichts gewusst? Warum haben so viele mitgemacht? Gab es kein Bewusstsein für die eigene Verantwortung?

Wir hatten davon gehört, dass die Amerikaner 1945 die Einwohner von Weimar gezwungen hatten, im benachbarten KZ Buchenwald toten und überlebenden KZ-Häftlingen in die Augen zu sehen – eine Zwangskonfrontation mit dem Verdrängten. Als Einwohner der thüringischen Stadt Gera kam mir der Gedanke, ob den Geraern, die zu einem Großteil in der Urangewinnung beschäftigt waren, auch eine Konfrontation mit Atombombenopfern bevorstehen könnte. Oder, ob sie dann selbst von der Opferperspektive eingeholt würden?

Und dann hörten wir von der Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen von Vancouver 1983. Dort hieß es, "die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen sowie deren Einsatz" seien ein "Verbrechen gegen die Menschheit". In unserer Situation musste das in die Fragen übersetzt werden, ob eine Beteiligung an der Urangewinnung als eine Mitwirkung an der Herstellung von Kernwaffen anzusehen ist. Ob eine Beschäftigung bei der Wismut die Teilhabe an einem "Verbrechen gegen die Menschheit" bedeutet. Ja, es war dieser friedensethische Boykottgedanke, der am Anfang meines Engagements gegen die Wismut stand. Dafür habe ich bewusst meine Inhaftierung riskiert.

Die Frage nach den radioaktiven Umweltgefahren trat erst in den Vordergrund, als im April 1986 der Reaktor von Tschernobyl explodiert war. Jetzt war bekannt geworden, dass radioaktive Umweltbelastungen auch im sogenannten "Niedrigdosisbereich" zu langfristigen Gesundheitsgefährdungen führen. Wenn dies durch die radioaktiven Niederschläge aus Tschernobyl der Fall war, dann musste eine solche Gefahr im Umfeld der Wismut längst bestehen. Aber auch

---

<sup>1</sup> Im Westen war die Gesellschaft tief gespalten. Während die meisten Konservativen das Atomkriegsrisiko unter dem Motto "lieber tot als rot" in Kauf nahmen, wurden alle, die "lieber rot als tot" waren, den Linken zugerechnet. Bis heute ist kaum der Frage nachgegangen worden, welche seelischen und moralischen Verwerfungen die Politik der atomaren Abschreckung bei der damals heranwachsenden Generation in Ost und West verursacht hat.

hier war ich mir darüber im klaren, dass das Cäsium und Strontium aus der ukrainischen Sowjetrepublik keine "fremden" Stoffe waren. Hier kam – wenn auch in Form seiner Spaltprodukte – das Wismut-Uran zu uns zurück.

### **Die Untergrundschrift "Pechblende"**

In dieser Situation versuchte ich ab 1986 im Zusammenhang mit der kirchlichen Umweltbewegung das Wismut-Tabu zu brechen. Das allmähliche Zusammentragen von Fakten verfolgte ich auf drei Ebenen parallel: Zum einen habe ich die Wismut-Anlagen selbst in Augenschein genommen – soweit man irgendwie herankam – und mit Beschäftigten und Anwohnern über die Situation gesprochen. Zum anderen habe ich internationale Fachliteratur über die grundlegenden technologischen Prozesse der Urangewinnung und die damit zwangsläufig zusammenhängenden gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen gelesen. Die dritte Ebene bestand darin, Mitarbeiter von Umweltbehörden, die mit Wismut-Emissionen zu tun hatten, vorsichtig aber gezielt nach Einzelheiten zu befragen.

Nachdem uns Angehörige der Ärzteinitiative IPPNW aus der Bundesrepublik mit Wachsmatrizen und Druckerschwärze ausgeholfen hatten, konnte im Mai 1988 der Druck der „Pechblende“ beginnen. Ab Anfang Juni 1988 haben das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg und der kirchliche Arbeitskreis „Ärzte für den Frieden“ in Berlin, die die Herausgeberschaft übernommen hatten, und ich die Dokumentation verteilt – größtenteils per Post einzeln verschickt. Vorher hatten wir Exemplare an Vertreter der Kirchenleitungen und an westliche Journalisten verteilt. All dies geschah unter den Bedingungen einer schon seit Jahren andauernden gezielten politischen Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst.

Die Geheimpolizei des SED-Staates hat ja die Umweltbewegung nicht nur bespitzelt und abgehört, sie hat diese Bewegung, wie die anderen „Staatsfeinde“ der DDR auch, „bekämpft“, indem sie die Biographien ihrer Akteure zu verstümmeln trachtete mit sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“. Dazu gehörten laut MfS-Richtlinie 1/76 die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes“ und die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge“ der Verfolgten. Insbesondere hat sich die Stasi über ihre inoffiziellen Mitarbeiter (IM) auch darum bemüht, jedwede öffentlichkeitswirksame Handlung der kritischen Gruppen von vornherein zu sabotieren. Die Umweltgruppen hatten sich zu entscheiden zwischen dem Prinzip der Offenheit, mit dem sie angetreten waren oder dem Prinzip der Gegenkonspiration, das zur Bedingung für ihren publizistischen Erfolg wurde. Obwohl ich von über 20 Stasi-IM „umstellt“ war, erfuhr der Geheimdienst von meiner Wismut-Dokumentation erst als sie fertig war – und zwar aus der „Frankfurter Rundschau“. Jetzt musste man bei der Stasi damit rechnen, dass alles, was mir daraufhin passiert, ebenso publik wird wie die „Pechblende“. Folglich haben die zuständigen Stasi-Offiziere „trotz objektiv gegebener

rechtlicher Möglichkeit, von der Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens abgesehen“. Statt dessen beschloss man eine „Entlarvung seiner Person als ‚Scharlatan‘“ und eine „Disziplinierung, Zersetzung und Verunsicherung“.<sup>2</sup>

Neben den fünf Stasi-initiierten Empörungs- und Drohbrieffen erreichten mich aber weit über hundert zustimmende und dankende Zuschriften. Viele Anwohner und Beschäftigte der Wismut bestätigten die Grundaussagen der Studie und machten konkrete Ergänzungen für eine Neuauflage. Von mindestens zwei Personen habe ich erfahren, die das 60-seitige Papier mit mehrfachen Durchschlägen komplett abgetippt haben.<sup>3</sup> Im Herbst 1989 habe ich meine Arbeiten an der Zweitaufgabe der "Pechblende" abgebrochen. Ich engagierte mich nun bei der friedlichen Revolution und ging im Dezember 1989 als Vertreter des Neuen Forum in das Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung. Erst 1992 ist die Neuauflage der "Pechblende" als ein völlig überarbeitetes Buch erschienen, das auch die seit der Wende zugänglichen Daten mit berücksichtigt.<sup>4</sup>

## **Das öffentliche Interesse**

Im Westen war die öffentliche Resonanz auf die Studie "Pechblende" enorm. Nahezu alle großen Tageszeitungen der Bundesrepublik berichteten ab Mitte 1988 ausführlich über die Studie und vor allem über das Wismut-Problem. Dieses Medieninteresse hielt bis zum Ende der DDR an. Dann konnten westliche Journalisten selbst gefahrlos einreisen und vor Ort recherchieren. Bis 1991 erschienen in enger Folge Berichte über die Wismut in großer Aufmachung. Neben beachtlichen und exzellent recherchierten Beiträgen wurde auch sehr viel Übertriebenes publiziert. Manches war reine Panikmache, die in Forderungen nach einer großflächigen Evakuierung des Wismut-Gebiets mündete.

Danach ist das öffentliche Interesse an der Wismut und ihren Folgen verebbt. Und diese Ebbe hält bis heute an. Das bedeutet, es gibt auch keine öffentliche Debatte über den Umgang mit dem Wismut-Erbe. Auch von der Seite der Experten sind über die technischen Aspekte der Sanierung hinausgehende Impulse nicht gekommen. Nicht einmal der immer noch gegenwärtige Strahlentod, dem auch nach 1990 Jahr für Jahr etwa dreihundert Wismut-Bergleute erliegen, findet irgend eine öffentliche Beachtung.<sup>5</sup> Auch dass sich an der Erforschung des uranbergbaubedingten Gesundheitsrisikos und an der Anerkennungspraxis für Berufskrankheiten seit der DDR-Zeit wenig geändert hat, ist kein öffentliches Thema. Untersucht wurde seither allein die Häufigkeit von Bronchialkarzinomen bei Uranbergleuten. Studien über die Häufigkeit anderer

---

<sup>2</sup> vgl. Michael Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin 1991 u. 1992, 278 S.

<sup>3</sup> Öffentlich zugängliche Kopierer oder Copy-Shops gab es bis zuletzt in der DDR nicht.

<sup>4</sup> Michael Beleites: Altlast Wismut. Ausnahmezustand, Umweltkatastrophe und das Sanierungsproblem im deutschen Uranbergbau. Frankfurt am Main 1992, 174 S.

<sup>5</sup> Wegen der langen Latenzzeiten von 15 bis 25 Jahren zwischen Auslösung und Ausbruch eines strahlenbedingten Bronchialkarzinoms sind die tödlichen Folgen des Uranbergbaus auch heute noch gegenwärtig.

Krebsformen bei Uranbergleuten oder über den Gesundheitszustand der Umgebungsbevölkerung in der Nachbarschaft von Aufbereitungsbetrieben und Schlammdeponien fehlen noch immer.

Nach der Beendigung des Uranbergbaus ab 1990 wurde eine in ihrem Umfang Beispiellose Sanierung der Altlasten begonnen, die heute ganz überwiegend als eine Erfolgsgeschichte angesehen werden kann. Über sieben Milliarden Euro wurden ausgegeben, um Schächte zur Flutung vorzubereiten, um Halden zu stabilisieren oder abzutragen, um Tagebaue zu verfüllen, um Schlammdeponien auszutrocknen und abzudecken, um Bergbau- und Aufbereitungsbetriebe abzutragen. Eine Überwachung von Grund- und Oberflächenwasser wird auf Dauer notwendig bleiben. Manche Fragen stellen sich inzwischen ganz anders: Bleiben überhaupt erkennbare Spuren der Wismut übrig – sollten Spuren bleiben?

### **Welche Erinnerung wollen wir?**

Muss es eine in der Landschaft sichtbare Erinnerung an die Wismut geben, die diese Region jahrzehntelang geprägt hat? Wie könnte diese aussehen? Mit welchen Inhalten sollte eine Erinnerung verknüpft sein? Sind diese Inhalte aus der Innenperspektive der betroffenen Region zu finden, wo fast jeder in irgend einer Weise Begünstigter oder Geschädigter der Wismut war? Ist eine Verortung der Wismut im historischen und globalen Kontext überhaupt schon möglich?

Südwestlich von Ronneburg, dort, wo sich einmal der Ort Schmirchau befand, entstand in den 50er und 60er Jahren ein 240 Meter tiefer Uran-Tagebau. Dort, wo die Dörfer Lichtenberg und Gessen waren, hat man riesige Halden aufgeschüttet. Mit der Sanierung wurden die Halden nun wieder in den Tagebau eingelagert. Und jetzt werden auch die weithin sichtbaren Wahrzeichen der Wismut, die über hundert Meter hohen Reuster und Paitzdorfer Kegelhalden, eingeebnet und auf den verfüllten Tagebau aufgeschüttet. Dort, wo zwischenzeitlich das tiefe Loch klaffte, entsteht ein sanfter Berg. Auf dessen höchster Stelle soll ein Denkmal entstehen. Doch was für ein Denkmal? Da gibt es die verschiedensten Initiativen und Konzepte, die im Zusammenhang mit der BUGA 2007 verstärkt diskutiert wurden.

Gerade hier wird deutlich, dass es völlig verschiedene und zum Teil konträre Perspektiven auf die Wismut-Geschichte gibt: Die Wismut-Traditionspfleger wollen die Leistungen der Bergarbeiter würdigen und der Wismut ein Monument setzen. Das Unternehmen Wismut möchte den Blick auf die ingenieurtechnischen Leistungen der Sanierungsfirma fokussieren. Und der Kirchliche Umweltkreis in Ronneburg möchte eine Gedenkstätte für die Folgen des Uranbergbaus mit Kapelle und Glockenturm. Hier soll an die zerstörten Orte ebenso erinnert werden, wie an die toten Bergleute und das Leid ihrer Familien. Auch vor einer

Nutzung der Atomenergie soll gewarnt werden, die nun mal beim Uranbergbau beginne.<sup>6</sup>

Gegenwärtig gibt es kein Konzept, das den Uranbergbau der Wismut in den Kontext der weltweiten Urangewinnung und seiner Folgen stellt, so wie das z. B. 1992 beim World Uranium Hearing in Salzburg geschehen ist.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob im früheren Wismut-Gebiet auch die entfernteren Wismut-Folgen in die Erinnerung integriert werden sollen. 1992 hatte ich vorgeschlagen, in die Überlegungen für ein Denkzeichen zur Wismut-Geschichte auch die Orte mit in den Blick zu nehmen, wo das Wismut-Uran ferne Landstriche und Menschen verstrahlt hat, wie in Kischtyl, Nowaja Semlja, Semipalatinsk und Tschernobyl.<sup>8</sup> Auch die konkrete ostdeutsche Beteiligung am atomaren Wettrüsten könnte hier benannt werden. Doch lässt sich die ethische Perspektive überhaupt mit der Betroffenenperspektive der Bergleute und Anwohner einerseits und der Unternehmensperspektive der Wismut andererseits verknüpfen?

Eines ist jedenfalls sicher: Ein Denkmal wird nur dann angenommen werden, wenn es die Innenperspektive der Bergleute und Anwohner mit der Außenperspektive von Gästen aus dem In- und Ausland zu integrieren vermag. Solange vor Ort Indoktrinationen aus der Vergangenheit und die Abwehr von ethischen Fragen noch das Klima prägen, wird das schwierig sein. Vielleicht kann eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Wismut-Thema hier neue Wege aufzeigen.

---

**Michael Beleites**, 1964 in Halle/Saale geboren, aufgewachsen in Trebnitz bei Zeitz; 1981-84 Praktikum u. Berufsausbildung zum Zoologischen Präparator, bis 1987 Präparator am Naturkundemuseum in Gera, dann freiberuflich; ab 1982 Engagement in überregionalen Initiativen der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung, ab 1986 Recherchen zu den ökologischen und gesundheitlichen Folgen des Uranabbaus der SDAG Wismut, Juni 1988 Fertigstellung der im Selbstdruck hergestellten Dokumentation „Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“; 1989 - 90 Mitglied des Geraer Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung; Febr. 1990 Berater des Neuen Forum am Zentralen Runden Tisch in Ost-Berlin; Juni 1990 Gründungsmitglied von Greenpeace DDR e.V.; 1990 -92 Autor (Buchveröffentlichungen „Untergrund“, „Altlast Wismut“); 1992 - 95 Landwirtschaftsstudium in Berlin und Großenhain (Sachsen), ab 1995 publizistisch tätig; seit Dez. 2000 Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Dresden; verheiratet, 3 Kinder.

---

<sup>6</sup> vgl. Pressemitteilung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, PM 48, vom 11.05.2005.

<sup>7</sup> vgl. The World Uranium Hearing e.V.: Poison Fire Sacred Earth – Testimonies Lectures Conclusions. Documentation of the World Uranium Hearing in Salzburg from September 13 to 18, 1992. München 1993.

<sup>8</sup> Michael Beleites: Altlast Wismut. Frankfurt a. M. 1992, S. 164f.